

Standortsuche in ganz Deutschland

Endlagerkommission will keine Region zur Atommüll-Lagerung ausschließen



Anti-Atom-Initiativen haben gestern in Berlin vor der Kronprinzenbrücke gegen die Atompolitik der Bundesregierung protestiert.

Foto: Gabbert

Berlin (dpa) Die Endlagerkommission des Bundestages hat die Anti-Atomkraft-Bewegung und die Länder aufgefordert, die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll nicht zu behindern. Es sei klar, „dass wir jetzt unabhängig von früheren Positionen das Problem lösen müssen“, sagte der Vorsitzende Michael Müller in Berlin. „Wir sollten uns hüten, bei der Bewältigung dieser Jahrtausendaufgabe auf Zeit zu spielen“, warnte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die am Dienstag den Abschlussbericht der Kommission entgegennahm. Deutschland hat noch kein Endlager für die gefährlichen Hinterlassenschaften der Atomindustrie. Die Kommission hatte in der vergangenen Woche nach zweijährigen Beratungen Kriterien für die Suche nach einem sicheren Standort festgelegt. Auch der seit Jahrzehnten erkundete Salzstock in Gorleben kommt weiter als mögliches Endlager infrage. Entscheiden sollen letztlich Bundestag und Bundesrat. Hendricks geht davon aus, dass die Einlagerung des Atommülls 2050 beginnen kann. Die Kommission sprach sich dafür aus, die abgebrannten Brennelemente unterirdisch zu lagern. Sie legte auch fest, dass der Atommüll „nur in einem Bergwerk versenkt werden darf, aus dem man ihn notfalls wieder herausholen kann falls eines Tages doch unerwartete Sicherheitsrisiken auftauchen sollten.“ „Wir haben aus der Asse gelernt“, sagte die Co-Vorsitzende der Kommission, Ursula Heinen-Esser. In dem ehemaligen Salzbergwerk Asse lagern schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Die Kammern und Stollen sind nicht so stabil wie erhofft. Grundwasser konnte eindringen. Kritik am Abschlussbericht der Kommission äußerten Umweltverbände und Bürgerinitiativen der Anti Atomkraft-Bewegung. Sie sind der Meinung, der Salzstock Gorleben hätte als

Standort von vornherein ausscheiden sollen. In das Erkundungsbergwerk wurde schon viel Geld gesteckt — Kritiker befürchten deshalb, dass am Ende dann doch Gorleben als Endlager ausgesucht wird. Die Kommissionsmitglieder verneinten dies. Sie betonten, man halte an dem Prinzip der „weißen Landkarte“ fest. Das bedeutet: vor Beginn der geologischen Untersuchungen ist kein Standort und keine Region tabu. Der Abschlussbericht der Endlagerkommission lässt offen, in welchem Bundesland der Atommüll bleiben sollen. Infrage kämen neben Ton- und Salzschieben auch dünnere Granitschichten, etwa in Sachsen oder in Bayern. Die Landesregierungen in München und Dresden erhoben prompt Einspruch. „Die Gesteine in Bayern sind nicht für ein Endlager geeignet -das gilt für Granit, Ton und Salz“, sagte Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf (CSU). „Damit stoßen sie alle anderen vor den Kopf, kritisierte der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck (Grüne). Der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) geht, weiterhin davon aus, dass ein Endlager künftig nicht in Gorleben eingerichtet werden kann. Die Gegebenheiten in dem Salzstock entsprächen nicht den Sicherheitsanforderungen an ein Endlager, sagte Wenzel im Deutschlandfunk. Wegen seiner geologischen Formationen werde Niedersachsen mit „hoher Wahrscheinlichkeit“ aber weiter im Fokus für einen Standort stehen.

Kommentar